



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Ruth Müller, Holger Gießhammer, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Öffentlicher Personennahverkehr – Bayerisches Sozialticket für Bedürftige
(Kap. 09 06 neue TG)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 09 06 (Öffentlicher Verkehr, Radverkehr) wird eine neue TG „Öffentlicher Personennahverkehr (Bayerisches Sozialticket für Bedürftige)“ mit einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 30.000,0 Tsd. Euro für das Jahr 2024 sowie einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 30.000,0 Tsd. Euro für das Jahr 2025 ausgebracht.

Begründung:

Im Sinne einer sozialverträglichen Verkehrswende sollen auch Bevölkerungsgruppen mit begrenzten finanziellen Mitteln in die Lage versetzt werden, mit dem ÖPNV mobil zu sein. Denn Mobilität ist die Voraussetzung für soziale Teilhabe und Inklusion.

Die neu ausgebrachte TG mit einer Verpflichtungsermächtigung von 30.000,0 Tsd. Euro (jeweils 2024 und 2025) soll den Einstieg in ein kostenloses bayerisches Sozialticket ermöglichen. Die Mittel sollen der Vergütung der Leistungsanbieter, die vom Ausfall der entsprechenden Ticketzahlungen betroffen sind, dienen. Das Bayerische Sozialticket richtet sich an Empfängerinnen und Empfänger von Sozial- und Wohngeldleistungen sowie an Haushalte mit einem Einkommen von bis zu 60 Prozent des mittleren Haushaltseinkommens, die nach dieser allgemeinen Definition als „arm“ gelten. Der Freistaat soll die erforderlichen Anstrengungen für die Einführung eines solchen bayerischen Sozialtickets unternehmen.

Der Verkehrssektor in Bayern ist einer der Hauptverursacher von klimaschädlichen Treibhausgasen. Bei den Bemühungen um eine Reduzierung der Treibhausgase muss ihm deshalb eine entscheidende Rolle zukommen. Mittel- und langfristig rechnen sich alle Investitionen in einen flächendeckenden, attraktiven und letztlich auch kostenlosen ÖPNV deutlich. Eine Verkehrswende, weg vom motorisierten Individualverkehr hin zum umwelt- und klimafreundlicheren Nahverkehr mit weniger Schadstoffausstoß, macht sich somit auch für Bayern bezahlt. Die Änderungsanträge der SPD-Fraktion mit einer Erhöhung der Mittel für den ÖPNV sind für den Freistaat eine nachhaltige und entscheidende Weichenstellung bei der unverzichtbaren und überfälligen Verkehrswende